

21. Juni 2022

Resolution des WBO zur Dieselkrise im ÖPNV

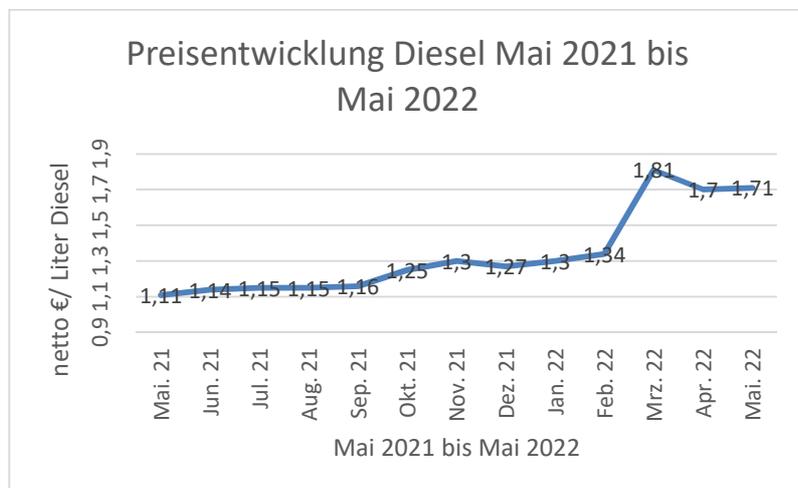
Im ÖPNV-System fehlt Geld, seit der Dieselkrise sogar viel Geld. In Baden-Württemberg werden für den Zeitraum März bis Juli allein **37 Millionen Euro** zusätzlich benötigt, um die **Diesel-Mehrkosten auszugleichen** und damit den **Bestand zu sichern**.

Ein Drittel der Busverkehre im Land ist unternehmensinitiiert und damit gänzlich ohne Kostenfortschreibung. Aber auch bei Bestellverkehren fehlt es vielfach an einem auskömmlichen Kostenindex. Dies bedeutet: Durch die Dieselpreisexplosion geraten die Unternehmen in eine finanzielle Schiefelage, die sie aus eigener Kraft nicht abwenden können.

Coronabedingt ist der ÖPNV unverändert noch nicht ausgelastet; es fehlen Fahrgäste und damit Einnahmen. Die Fahrpreise können an die Kosten nicht angepasst werden und sollen nach Vorstellung der Politik eher noch abgesenkt werden. Politische Geschenke wie das 9 €-Ticket belasten die Kassen zusätzlich.

Das überfordert die ÖPNV-Unternehmen.

Der Bestand muss JETZT gesichert werden, um mit einer vielfältigen Unternehmensstruktur die Zukunft gestalten zu können. Große Themen warten auf die Branche: Mobilitätsgarantie, alternative Antriebe, On-Demand-Systeme. **Für die Verkehrswende braucht es ein stabiles ÖPNV-System und gesunde Unternehmen.**



Für den WBO sind drei Forderungen existenziell:

- **Sofortiger Ausgleich der hohen Diesel-Mehrkosten.**
- **Flächendeckende Verankerung des Baden-Württemberg-Index ÖPNV-Straße bei Bestands- UND Neuvergaben.**
- **Aufnahme von Abschlagszahlungen in den Baden-Württemberg-Index, um die Unternehmen gegen Kostensprünge zeitnah abzusichern.**

Die Zeit läuft gegen die Verkehrsunternehmen. Der Unmut wächst – die Not ist einfach zu groß. Die Politik muss das JETZT! erkennen. Handeln tut Not – sonst steht der Mittelstand vor dem Aus!